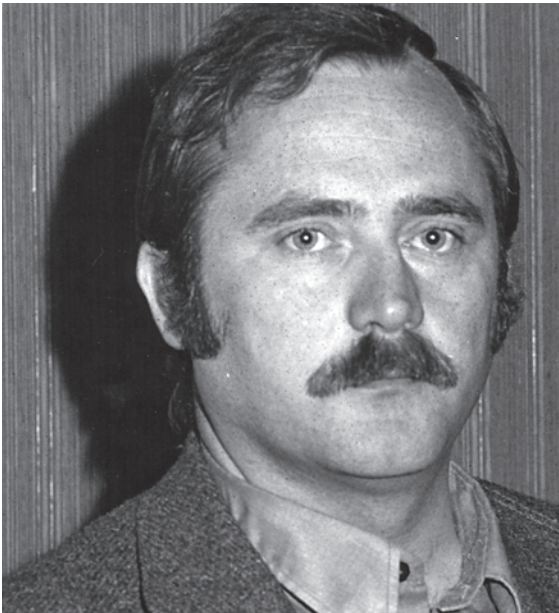


11 // PYRRHUSSIEGE

„Gesinnungsethik unterwirft das Handeln des Politikers strikten ethischen Maßstäben, ohne nach den Folgen zu fragen; Verantwortungsethik rechnet mit der existierenden moralischen Unordnung und versucht die Konsequenzen politischer Entscheidungen realistisch abzuschätzen.“ (Max Weber) ⁴⁴⁴



Siegmund Geiselberger

Machtproben

Die Landtagswahl am 22. November 1970 brachte der SPD bayernweit Verluste und der CSU erhebliche Stimmen- und Mandatsgewinne. In München konnte die SPD mit 47,6 % zwar den Stimmenanteil von 1966 zwar fast halten und wieder alle Direktmandate gewinnen, aber die CSU verbesserte ihren Stimmenanteil erheblich und rückte näher an die SPD heran. Ob dies allein auf die Münchner Situation zurückzuführen war, sei dahingestellt: Bei den Landtagswahlen des Jahres 1970 hatte es auch in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen Verluste der SPD gegeben, während sie im Saarland, in Niedersachsen und in Hessen Gewinne erzielt hatte. Aber das Münchner Ergebnis machte doch deutlich, dass jener Wählerkonsens über Parteigrenzen

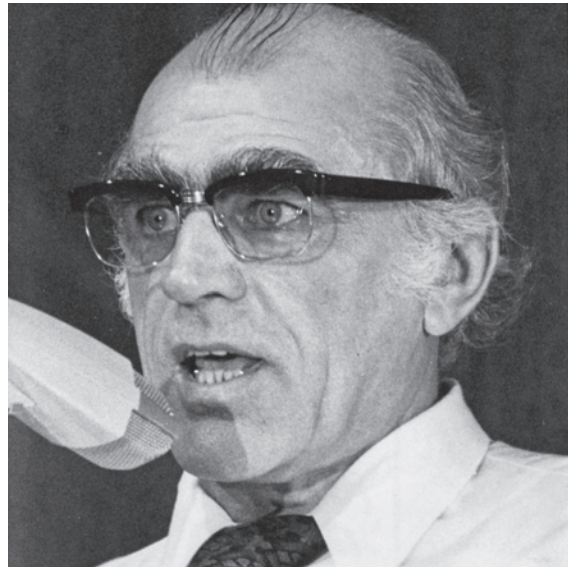
hinaus, der Vogel und „seine“ SPD bisher getragen hatte, in dieser Breite nicht mehr bestand.

Die Schuld daran wurde von Vogel und seinen Anhängern natürlich den Jusos angelastet: Immerhin hatte die Junge Union in einem Wahlkampf-Flugblatt den Jungsozialisten ungestraft unterstellen dürfen, sie wollten ein radikales Rätssystem, die sozialistische Planwirtschaft und eine rigorose Enteignung. Das Landgericht München I lehnte einen Antrag des Bezirks Südbayern auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung gegen diese Behauptungen ab, weil „die im ‚Kommunalpolitischen Papier‘ der Jungsozialisten enthaltenen Forderungen sowohl von der Presse als auch von Angehörigen des Verfügungsklägers [SPD] selbst als radikale politische Zielsetzung und als Rätssystem bezeichnet worden sind“. ⁴⁴⁵ Umgekehrt sahen sich die Jusos durch das Münchner Wahlergebnis in ihrer Politik bestätigt. Sie kritisierten auf einer Pressekonferenz am 23. November die „verkrusteten Parteistrukturen“ und das „unterentwickelte politische Bewusstsein“ der SPD-Repräsentanten auf dem Lande. ⁴⁴⁶ Schöfberger wiederholte seine schon vor der Wahl aufgestellte Forderung nach einer Ablösung des Parteivorsitzenden Volkmar Gabert. Geiselberger ging noch weiter: Die Führungsfrage der bayerischen SPD sei nicht dadurch zu lösen, dass man Gabert durch Vogel ersetze. Im Übrigen sei dieser seinerzeit „nur zufällig Oberbürgermeister geworden“; angesichts des starken Vertrauens der Wähler zur SPD wäre jeder andere Kandidat auch gewählt worden. ⁴⁴⁷ Berlitz sprach von „stalinistischen Praktiken“, mit denen Diskussionen in der SPD verhindert würden, wenn sie einem „Landesfürsten“ (gemeint: Vogel) widersprächen. ⁴⁴⁸ Der Münchner Parteivorsitzende Helmut Meyer lavierte weiterhin zwischen Kritik und halbherziger Zustimmung – eine klare Haltung zu den schwerwiegenden Aussagen nahm er nicht ein.

In München hatte sich inzwischen der Widerstand gegen die Jungsozialisten und den Unterbezirksvorstand

formiert. Wenn sich die Kritik der „Godesberger“ auch verbal gegen die „Gruppe Berlitz/Geiselberger“ richtete,⁴⁴⁹ so waren sie doch gewillt, den Münchner Parteivorstand insgesamt abzulösen. Am 26. November 1970 trafen sich auf Einladung von Koch, Johann und Preißinger rund 100 Parteimitglieder, hauptsächlich Unterbezirksdelegierte, im Gewerkschaftshaus, um über einen Weg dahin zu beraten. Ziel war eindeutig eine Veränderung in der Münchner Parteiführung durch die Mobilisierung der gemäßigten Kräfte. Das begriff auch der Unterbezirksvorstand: Er beschloss ein Untersuchungsverfahren für „private Versammlungen von SPD-Mitgliedern“ (das er ein halbes Jahr zuvor gegen den „Wahren Jacob“ nicht hatte durchführen wollen).⁴⁵⁰ Gleichzeitig leitete er Parteiordnungsverfahren gegen Berlitz und Geiselberger ein. Unbeeindruckt davon traf sich der „Koch-Kreis“ am 21. Dezember abermals. An der „privaten“ Versammlung von rund 150 Genossinnen und Genossen nahmen auch Schöfberger, Bleibinhaus und Bojer teil. Der Versuch einiger nicht eingeladenen Jungsozialisten – unter ihnen Geiselberger, König, Kolo und Ude – sich gewaltsam Zugang zu verschaffen, scheiterte.⁴⁵¹ Erneut forderte der Unterbezirksvorstand, solche Treffen zu unterlassen; darin unterstützt durch den von Georg Kronawitter geleiteten Geschäftsführenden Vorstand des Bezirks Südbayern.⁴⁵² Koch, Johann und Preißinger protestierten umgehend und warfen dem Bezirksvorstand Parteilichkeit vor, durch die er „der Anwendung des Faustrechts innerhalb der Partei – sicher unbewußt – Vorschub“ leiste.⁴⁵³ Andererseits war es Kronawitter, der mit Unterstützung des Landtagsabgeordneten Adalbert Brunner und des Stadtrats Horst Salzmann versuchte, Vogel und Meyer doch noch auszusöhnen.⁴⁵⁴

Meyer, stark verunsichert, suchte nun das Gespräch, wurde aber von Geiselberger gewarnt, „er möge aufpassen, dass er im Rückwärtsgang nicht stolpert.“⁴⁵⁵ Es kam zu keiner Verständigung; die Vorstandsmehrheit war sich sicher, dass sie eine Machtprobe auf dem Unterbezirksparteitag gewinnen werde; wenn sie ihren politischen Vorstellungen treu bleiben wollte, konnte sie die von den „Godesbergern“ geforderten Kompromisse auch gar nicht eingehen. Der Rechenschaftsbericht der Jungsozialisten für 1971 analysiert, „daß die Angriffe der bürgerlich-konservativen Gruppe sich lediglich vordergründig gegen die Jungsozialisten oder einzelne Juso-Mitglieder richteten, weil ... [diese] am



Hans Preißinger

einfachsten publikumswirksam als „Gegner“ Vogels und seiner Politik der „realen Reformen“ aufgebaut werden konnten. In Wirklichkeit ging es ... um einen tiefgehenden Konflikt in der SPD, wie das Godesberger Programm auszulegen und zu verwirklichen sei.“ Diese Feststellung wurde im gleichen Jahresbericht von Vogel und seinem Unterbezirksvorstand als „im Kern richtig“ gewertet.⁴⁵⁶

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen stand wieder die Haltung zum Kommunismus. Die Angst vor einer kommunistischen Unterwanderung, die in den fünfziger Jahren zu überzogenen Reaktionen wie im Falle Rosa Aschenbrenner geführt hatte, hatte nun freilich einen realeren Hintergrund: In der Praxis hatte die Trennung der SPD vom Sozialdemokratischen Studentenbund (SDS) nicht vermocht, die Affinität zwischen den politisch „linken“ Studentengruppen zu beenden; der SDS war geschätzter Partner der Jusos und der Parteilinken bei öffentlichkeitswirksamen Aktionen und weltanschaulichen Diskussionen geblieben. Gleiches gilt für zahlreiche andere Gruppierungen, die dem Kommunismus nahestanden. Willy Brandt hatte zwar auf dem Juso-Bundeskongress im Dezember 1970 erklärt, zur Glaubwürdigkeit der SPD gehöre es, „daß die prinzipiellen Gegensätze gegenüber dem Kommunismus nicht verkleistert werden.“ Aber obwohl sich viele Jusos für Aktionsbündnisse mit kommunistischen

Organisationen ausgesprochen hatten, warnte Brandt im Februar 1971 dringend davor, das Kommunismus-Thema mit der Rolle der Jusos gleichzusetzen.⁴⁵⁷

Der Vorwurf, linke SPD-Mitglieder und vor allem die Jungsozialisten arbeiteten verdeckt oder sogar offen mit Kommunisten zusammen und würden vom Münchner Parteivorstand nicht daran gehindert, wurde besonders laut, als zahlreiche Münchner Gruppen und Initiativen am 8. Mai 1970 gegen die Intervention der USA in Kambodscha protestieren wollten. Ein gemeinsames Flugblatt, auf dem die Jusos neben der DKP als Initiatoren genannt waren, zieht die deutsche Bundesregierung der „Komplizenschaft“ mit den Amerikanern.⁴⁵⁸ Nun sah sich der Unterbezirksvorstand gezwungen, die Jusos zurückzupfeifen; sie zogen daraufhin ihre Beteiligung an der Demonstration zurück, hielten den Protest gegen das amerikanische Vorgehen aber aufrecht.⁴⁵⁹ Die von Vogel angesprochene Einleitung eines Parteiordnungsverfahrens gegen die für das Flugblatt verantwortlichen Jungsozialisten (d.h. gegen deren Vorsitzenden Siegmur Geiselberger) lehnte Meyer ab.⁴⁶⁰

Die alten Sozialdemokraten, die – wie Koch oder Preißinger – kommunistische Umtriebe vor 1933 erlebt und sich nach 1945 gegen die Vereinnahmung in einer kommunistisch gelenkten Antifa zur Wehr gesetzt hatten, reagierten heftig. Noch über zwei Jahrzehnte später hat Vogel in einem Interview der Süddeutschen Zeitung seinen damaligen Vorwurf wiederholt, seitens der Jungsozialisten sei „die Grenzziehung gegenüber kommunistischen Gruppierungen ... undeutlich geworden“⁴⁶¹. Ob es um die angebliche Beteiligung eines DKP-Mitglieds im „Wahren Jacob“ ging oder um die kommunistisch gelenkte Demonstration gegen die amerikanische Intervention in Kambodscha⁴⁶² – es gab immer wieder Anhaltspunkte dafür, dass diese Grenze tatsächlich durchlässig war. Auch an Veranstaltungen und Konferenzen der Jungsozialisten nahmen wiederholt DKP-Mitglieder teil. Der Bonner Parteivorstand hatte zwar derartige Verbindungen ausdrücklich untersagt und in Berlin führten Parteiordnungsverfahren Ende 1970 zum Ausschluss von 24 Parteimitgliedern wegen „vorsätzlicher und schwerer Schädigung“, da sie einen Aufruf zur Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten unterzeichnet hatten.⁴⁶³ In München dagegen verlief ein vom Unterbezirksvorstand eingeleitetes Untersuchungsverfahren im Sande: Die Kontrollkommission listete zwar eine Reihe solcher Begegnungen auf, kam aber zum

Ergebnis, eine „nach Umfang und Intensität der Einwirkung erhebliche Teilnahme von DKP-Mitgliedern“ sei nicht feststellbar.⁴⁶⁴ Der Unterbezirksvorstand befand daraufhin, es sei nicht gegen die Grundsätze und Beschlüsse der SPD verstoßen worden.⁴⁶⁵ Das war natürlich Wasser auf die Mühlen derjenigen, die den Vorstand parteiischen Verhaltens bezichtigten.

Wenigstens in kommunalpolitischen Fragen redete man noch miteinander. Doch als Vogel am 27. Januar 1971 vor der Unterbezirkskonferenz der Münchner Jungsozialisten auf deren Einladung über „Sozialdemokratische Kommunalpolitik“ referierte, kam es zu keiner Annäherung: „Man ließ mich zwar zu Wort kommen, hörte auch meine Argumente an, war aber in der Sache zu keinerlei Konzessionen bereit und benutzte die Gelegenheit, um herabsetzende Angriffe gegen die Stadtratsfraktion und vor allem gegen die Stadträte Preißinger, Koch und Veigel zu richten.“⁴⁶⁶ Das war allerdings nicht sehr verwunderlich, da Vogel – ausweislich seiner Stichworte – Brandts Forderung nach schrittweisen Reformen mit Augenmaß für das Mögliche und Erreichbare wiederholte und erklärte, Veränderungen erreiche man „nicht mit verbalem Radikalismus, an dem sich der jeweilige Sprecher und sein sektentartiger Anhang berauscht, ohne dass praktisch irgendetwas geschieht.“⁴⁶⁷ Die Initiatoren des „Gewerkschaftshaus-Treffens“, Preißinger, Koch und Johann, attestierten „einzelnen Diskussionsrednern“ in einem Rundschreiben „eine erschreckende Unkenntnis von Tatsachen und Fakten der Münchener Kommunalpolitik“.⁴⁶⁸

Dagegen lobte Vogel knapp drei Monate später „die erfreulich sachliche und aufgeschlossene Diskussionsatmosphäre“ der Arbeitstagung der Jungsozialisten in Mannheim, die ein weitgehend auf einen Entwurf der Münchner Jungsozialisten basierendes kommunalpolitisches Programm diskutierte und verabschiedete. Er sehe nun trotz aller sonstigen Meinungsverschiedenheiten gute Ansatzpunkte für einen gemeinsamen politischen Weg – und das, obwohl wiederum auf lange Sicht die kostenfreie Verfügbarkeit öffentlicher Einrichtungen für die Bürger gefordert wurde. Denn nachdem der Parteivorstand im März 1971 vor allem die wirtschaftspolitischen Beschlüsse des Juso-Bundeskongresses deutlich zurückgewiesen hatte, bekannte sich der Juso-Bundesvorstand zum Godesberger Programm und erklärte, er betrachte es nicht als Ziel, aus der SPD eine totalitäre Kaderpartei zu machen.⁴⁶⁹

Ein neuer Vorstand

Zu dieser Zeit freilich, Ende April 1971, war in München bereits ein „Rechtsruck“ vollzogen und Vogel neuer Unterbezirkvorsitzender. Meyer hatte Mitte Februar 1971 seine halbherzig unternommenen Versuche eingestellt, wenigstens das Gespräch zwischen den – man darf sagen: inzwischen verfeindeten – Gruppen zustande zu bringen. Der Unterbezirksvorstand wollte es auf eine Machtprobe beim für den 27. Februar angesetzten Jahresparteitag ankommen lassen; er war sich seiner Sache so sicher, dass er Vogel gewissermaßen zur Kapitulation aufforderte.⁴⁷⁰ Dieser ging daraufhin zum Angriff über: Er erklärte am 17. Februar 1971 neuerlich seinen Rücktritt von der OB-Kandidatur. In einem Schreiben an alle Münchner Parteimitglieder begründete er diesen Schritt mit dem Kurs des Münchner Parteivorstands, den er zwar „als Mitglied der Partei zu respektieren habe, ... aber nicht als Oberbürgermeister in einer neuen Amtsperiode verantwortlich zu vertreten“ vermöge. Dem Vorstand warf er die Förderung einer Politik vor, die „eine dogmatische Haltung anstrebt, in deren Mittelpunkt nicht der konkrete Mensch mit seinen Nöten, sondern ein abstraktes System steht“. Diese Politik stelle „maßlose Programme und Forderungen auf“, sie lasse den „Rechtsstaat ins Zwielflicht geraten“, die Partei in Einzelgruppen zerfallen“, nehme den „Verlust von Mehrheiten in Kauf“ und ersetze beharrliche und konkrete Maßnahmen durch „lautstarken, teilweise bereits fanatischen Wortradikalismus“. ⁴⁷¹ Das war Punkt für Punkt (und teilweise wortwörtlich) die Abrechnung mit jenen Auseinandersetzungen, die seit 1970 geführt worden waren.

Der Unterbezirksvorstand traf sogleich die Feststellung, dem Rücktritt liege „weniger die Krise der Partei als die Krise eines persönlichen Führungsstils Vogels zugrunde“. ⁴⁷² Willy Brandt reagierte auf Vogels an ihn gerichtete Warnung, er werde bald in eine ähnliche Situation kommen, gelassen: Auf der Tagung der Parteiführungsgremien am 26. Februar 1971 erklärte er, er unterschätze die Vorgänge in der Münchner Partei nicht; sie seien aber nicht „Nabel des politischen Geschehens“. ⁴⁷³ Als er am 8. März zu einer Großkundgebung nach München kam, betonte er zwar, wenn die SPD glaubwürdig sein solle, so müsse sie sich von extremen Gruppen deutlich abgrenzen und wenn nötig trennen. ⁴⁷⁴ Eine konkretere Stellungnahme zu den Münchner Verhältnissen gab er nicht ab.

Vogels spektakuläre Aktion und die Autorität langjähriger verdienter Funktionäre wie Koch und Preißinger bewirkten, dass die Mehrheit der Parteitagsdelegierten vom bisherigen Vorstand abrückte. So kamen auch die Stimmen für einen Misstrauensantrag gegen diesen zusammen, der am 26. Februar eingereicht wurde. ⁴⁷⁵ Auf dem Unterbezirksparteitag tags darauf legte die Gruppe um Koch zur Untermauerung ihrer Vorwürfe ihre (bereits zitierte) Dokumentation „SPD 1970“ vor, die das Fehlverhalten der Jungsozialisten und des Unterbezirksvorstands belegen sollte. Die 214 Delegierten erlebten eine kontroverse Diskussion, die mit einer Attacke Meyers auf Vogels autoritären Führungsstil begann, deren Höhepunkt eine „mahnende, fast beschwörende Ansprache“ Wilhelm Hoegners war und in der Vogel als 24. (!) Redner die Erfolge seiner Rathauspolitik hervorhob und seine Vorwürfe gegen die Doppelstrategie der Jusos und die diese noch fördernde Ambivalenz des Unterbezirksvorstands wiederholte. ⁴⁷⁶ Schließlich wurden alle bisherigen Vorstandsmitglieder abgewählt – mit Ausnahme des Schriftführers Hans Bojer, gegen den zwar auch die Mehrzahl der Delegierten votierte, aber nicht die absolute Mehrheit.

Damit war eine Nachwahl für den Rest der bis 1972 laufenden Amtsperiode des Vorstands notwendig. Sie hätte zumindest theoretisch zu einem Ausgleich führen können. Aber wenn Vogel auch unter Beteiligung Preißingers und Müller-Heydenreichs sogleich Gespräche mit den Mitgliedern des abgewählten UB-Vorstands und mit den Kreisverbandsvorsitzenden führte, ⁴⁷⁷ konnte er diesen in personeller Hinsicht doch nicht entgegenkommen: Da die überwiegende Zahl der im Gesamtvorstand stimmberechtigten Kreisverbandsvorsitzenden gegen ihn Partei ergriffen hatte, musste er den Geschäftsführenden Vorstand durchgehend mit sicheren Anhängern besetzen, um seine Mehrheit sicherzustellen. ⁴⁷⁸

Dass auf dem Parteitag am 13. März 1971 ⁴⁷⁹ nun Vogel selbst für das Amt des Münchner Parteivorsitzenden kandidieren musste, stand für alle Beteiligten außer Zweifel. Vorgeschlagen wurde er von Hermann Memmel im Auftrag des Kreisverbands 10 mit der Begründung, es bedürfe eines Vorsitzenden, „der Verantwortung zu tragen in der Lage sei“. Vogel selbst erklärte seine Kandidatur mit der Notwendigkeit, „die Klarheit der sozialdemokratischen Politik“ wieder herzustellen. Bei den Vorschlägen für seine Stellvertreter griff er auf bewährte